

# Halle'sche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1912. Nr. 1. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 205.

**Dienstag-Ausgabe** **Dienstag, 2. Januar 1912.**

Verlagsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61 u. 62. Telefon 155 u. 158; Redaktionstelephon 1272. Druckerei: Dr. Walther Gebelstein in Halle a. S.

### Mahnungen zur Reichstagswahl.

Diejenigen Parteien, die den jetzigen Wahlkampf in erster Linie mit dem Ziele der Erringung politischer Macht führen, sind nur zu gemein, die wirtschafspolitische Bedeutung des Ergebnisses der am 12. Januar vorzunehmenden Wahlen zu unterschätzen oder doch in den Hintergrund zu rücken. Mit vollem Recht aber hat der frühere Staatssekretär des Reichsamtes des Innern Graf v. Posadowsky in seinen Kandidatentreden hervorgehoben, daß eine der wichtigsten Aufgaben des neu-gewählten Reichstages auf dem Gebiete der Zoll- und Handelspolitik liegen werde. Denn in dem Jahrfrühling der nächsten Legislaturperiode wird die Erneuerung eines beträchtlichen Teils unserer Handelsverträge fällig. Dabei kommt es aber nicht bloß, wie man sich jetzt den Anschein gibt, zu glauben, darauf an, daß überhaupt neue Handelsverträge die abgelaufenen ersetzen. Für das heimische Erwerbsleben und den Volkswohlstand Deutschlands ist es vielmehr von ausschlaggebender Bedeutung, daß solche neu abzuschließenden Handelsverträge auf der einen Seite der heimischen Gütererzeugung den vollen Schutz bieten, dessen sie bedarf, auf der anderen Seite unserer Exportindustrie die ausländischen Märkte in dem ihrem Bedürfnis entsprechenden Maße erhalten und sichern. Das ist eine zweifelhafte recht schwierige Aufgabe, deren betrieblige Lösung auch sachkundigen und energiegelassen Unternehmern nur dann gelingen wird, wenn sie durch einen sachgemäß und geschickt aufgestellten Zolltarif wirksam unterstützt werden. Der Zolltarif von 1902 bildete seinerzeit eine durchaus geeignete Unterlage für den Abschluß von Handelsverträgen. Inzwischen sind nahezu zehn Jahre vergangen; bis zum Abschluß der neuen Handelsverträge wird ein halbes Menschenalter vergangen sein. In einem so langen Zeitraum ändern sich naturgemäß sowohl bei uns wie bei unseren Vertragspartnern die Produktionsverhältnisse vielfach. In noch höherem Maße ist dies bereits mit der Zollgesetzgebung mancher der in Betracht kommenden Auslandsstaaten der Fall gewesen. Der Zolltarif von 1902 wird daher an der Hand der jetzt bestehenden tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse einer sorgfältigen Nachprüfung nach der Richtung zu unterziehen sein, inwieweit er den an ihn zu stellenden handelspolitischen Anforderungen noch genügt oder ob und inwieweit es einer Ergänzung oder Abänderung desselben bedürfen wird. Wer sich der Vorgänge vor der Verabschiedung des Zolltarifs von 1902 erinnert, wird darüber nicht zweifelnhaft sein können, daß diese Revision des Zolltarifs in dem neuen Reichstage wieder zu schweren Kämpfen führen wird, und daß man sich auch auf erneute Diskussionsperioden gefaßt machen muß. Unter diesen Umständen ist eine starke und einflussreiche Mehrheit für die Fortführung unserer bewährten Wirtschaftspolitik von der allergrößten Bedeutung, und jeder Wähler, der an den Grundgedanken dieser für unser Erwerbsleben so lebenswichtigen Politik nicht gerüttelt werden will, wird sich die Kandidaturen für die Reichstagswahlen sehr genau darzulegen müssen, wie sie zur Fortführung unserer Zoll- und Handelspolitik stehen und ob sie die wirtschaftlichen Fragen nicht hinter die Frage der politischen Macht ungebührlich zurückstellen.

### Der Dreibund.

Das Wiener „Fremdenblatt“ schreibt in seiner Nummer vom 31. Dezember: In der letzten Zeit sind wiederholt Besondere Gerüchte gegen den Dreibund gerichtet und zu diesem Zwecke Gerüchte über Unstimmigkeiten zwischen den amtlichen Vertretern der österreichisch-ungarischen und der deutschen Politik verbreitet worden. Tägliche Nachrichten am 27. d. M. der „N. M.“ Stellung genommen und mit großer Entschiedenheit konstatiert, daß die deutschen Staatsmänner und Diplomaten sich in den Fragen der Dreibundpolitik in Übereinstimmung mit dem Geiste der „Münchener Zeitung“ befinden. Schon vorher hatte eine Meldung der „Münchener Zeitung“ aus Berlin von Ausstellungen gesprochen, deren Urheber zu glauben scheinen, es könne ihnen gelingen, in Oesterreich-Ungarn Mißtrauen gegen Deutschland zu säen, von Bemühungen, deren Fruchtlosigkeit sich bald genug herausstellen werde“. Und ein anderes jüdisches Blatt, das ebenfalls häufig Aufstellungen auf informierter Berliner Kreise der Öffentlichkeit zur Kenntnis bringt, tritt nunmehr den Zweifeln in einer Besprechung der Erklärungen des Grafen v. Brentanof vor, daß sowohl in bezug auf die Balkanpolitik wie auf die Haltung gegenüber dem türkisch-italienischen Kriege „eine Übereinstimmung der Auffassung, teilweise bis in den Wortlaut hinein“, bestehe, daß man in Berlin insbesondere von den Aussagen des Ministers über das Verhalten der „Münchener“ in der „N. M.“ Kritik abgelehnt sei und daß Graf v. Brentanof kein Wort gesagt habe, das nicht auch schon im deutschen Reichstage vor seinen der deutschen Regierung ausgesprochen worden wäre. Damit wäre das gerundete Ganze, oder — wie der „N. M.“ sich ausdrückt — die kleine Dreieckstrilogie, die die Gegner des Dreibundes

selbstverständlich für ihre Zwecke ausgebaut haben, genügend abgetan. Wir wollen untererzählen abschließend hinzufügen, daß die Beziehungen zwischen dem Grafen v. Brentanof und den leitenden Staatsmännern des Deutschen Reiches stets die allerbesten und freundschaftlichsten waren und gelieben sind.

### Das deutsch-französische Abkommen.

Zu Beginn der Sonabend-Sitzung der französischen Senatskommission zur Prüfung des deutsch-französischen Abkommens verlas bekanntlich Ministerpräsident Caillaux den angehängten Brief Cruppi's. Die Verlesung dieses Briefes rief, wie wir schon meldeten, unter den Kommissions-Mitgliedern lebhafteste Protestrufe hervor. Caillaux begab sich aber, ohne irgendwem darauf zu antworten, sofort zur Deputiertenkammer. Zener von Cruppi an Caillaux und Monis gerichtete Brief hat folgenden Wortlaut:

In meinen mit unterm Vorkascher in Berlin im Juni gegebenen Interviews habe ich mich eine Frage berührt, die nicht im Ministerat geprüft worden wäre, und keine meiner Unterhaltungen mit Jules Cambon hat sich in irgend einem Augenblick auch nur andeutungsweise auf die Möglichkeit von territorialen Kompensationen oder eines Austausches am Konig oder anderswo begeben in der Art, wie die Kompensation, für die wir seitens der Kommission auf uns genommen haben. Die Instruktionen, die ich dem Vorkascher gegeben habe, die Jules Cambon in seinen Briefen ausdrücklich bekräftigt hat, und die in den amtlichen Telegrammen wiedergegeben sind, hatten ausschließlich auf die Ausdehnung unserer militärischen Operationen in Maroffo Bezug. Die Anshaltungen und Absichten, denen ich Ausdruck gegeben habe und die unter Vorkascher angedeutet hat, bezogen sich ausschließlich, wie mit Jules Cambon bereits bestätigt hat, auf die laufenden wirtschaftlichen und handelspolitischen Fragen, d. h. auf die Eisenbahnen in Maroffo und auf Zollvereinfachungen, deren Regelung meine Verbalnote vom 20. Mai zum Ziele hatte. Ich habe meine Bedauern ausgedrückt, daß die Beziehungen, zu denen diese Fragen Anlaß gegeben hatten, unterbrochen worden sind, und habe unserem Vorkascher empfohlen, zu versuchen, die deutschen Absichten zu erforschen. Was die sogenannten „Ideen“ anbelangt, die vielleicht auf eigene Verantwortung hin in der Kiffinger Unterredung formuliert worden sind, so werden sie durch den folgenden Satz gekennzeichnet, der den eigentlichen Schluß meines am 22. Juni 1911, am Tage vor dem Sturz des Ministeriums Monis, von Cambon geschriebenen Briefes bildet, der am folgenden Tage in meine Hände gelangt ist: „Diese Ideen sind neu; ich werde sie meiner Regierung unterbreiten, da ich nach Paris gehe“.

Méline richtete an die Regierung eine Anfrage bezüglich der zukünftigen Organisation von Maroffo und erinnerte daran, daß sich die Regierung zur Zeit seiner Ministerpräsidentschaft mit dem Vorkascher einer maroffanischen Expedition zu befassen geahnt habe; sie sei aber ausgefallen worden, weil sie zu kostspielig geworden wäre. Man wollte nicht zu ausgedehnten militärischen Operationen wegen, die der nationalen Verteidigung nachteilig hätten werden können. Méline ist der Meinung, daß die Kommission nicht nur den Ministerpräsidenten und den Minister des Reiches, sondern auch den Kriegsminister werde hören müssen.

Ribot erinnerte daran, daß er die Regierung um Aufschluß ersucht habe, über die Möglichkeit, das Abkommen mit Deutschland und den Protektoratsvertrag mit dem Maroffo gleichzeitig zur Abtunung zu bringen. Die Kommission beauftragte Roinard, der Regierung alle von Méline und Ribot angeregten Fragen vorzulegen und alle Schriftstücke und Aufschlüsse über die Vergangenheit, soweit sie möglich scheinen sollten, zu fordern.

Zu Beginn der Sitzung hatte Ministerpräsident Caillaux die Regierung entschuldigt, daß sie nicht in der Lage sei, ihre Mitteilungen vor der Kommission heute fortzusetzen, da sowohl er wie seine Kollegen an der Debatte über das Finanzgesetz in der Kammer teilnehmen müßten. — Am 9. Januar sollen die Sitzungen der Kommission wieder aufgenommen werden. — Eine weitere Meldung aus Paris besagt: Die Bemerkungen des ehemaligen Ministerpräsidenten Méline, welche auf die Senatskommission hinsichtlich der Einbindung machten, lauteten etwa wie folgt:

Es ist unerlässlich, die Regierung über die wirtschaftliche und militärische Organisation des maroffanischen Protektorats zu befragen. Zunächst müßte geprüft werden, in welcher Weise ein Protektorat eingerichtet werden könne, mit dem internationalen Fragen verknüpft seien. Die Einmündung eines Protektorates beruhen auf Zöllen und inneren Steuern. In Maroffo würden die Zölle für das Budget nichts ergeben und für die Steuerleistung kämen nur einmündig Millionen Maroffaner in Betracht. Noch wichtiger sei die Frage der militärischen Organisation. Gegenwärtig leben in Maroffo 54 000 Mann. Man müßte wissen, welcher Art die eing. von der Regierung ge-

plante Expedition sein werde und ob die Wiederbesetzung Maroffo nicht die nationale Verteidigung gefährde. General Villot habe seinerzeit als Kriegsminister festgestellt, daß eine bloße Süberungs Expedition nach Algerien, bei welcher es sich nicht um Eroberungen, sondern lediglich um den Schutz dieses Landes handelte, 25 000 Mann und 60 Millionen Francs erfordere.

Spätere Meldungen aus Paris besagen: Monis hatte am Sonnabend mittags eine lange Unterredung mit dem Abgeordneten Dumont, Constant und Perrier, mit denen er die Frage prüfte, ob es angebracht sei, auf den Brief Cruppi's sofort irgend etwas zu veranlassen. Sie waren der Ansicht, es sei besser, den Wiederzukunftstritt des Parlaments abzuwarten, bevor man die Opportunität irgend einer Ausdehnung ins Auge faßt. — Einer Weitermeldung zufolge habe Clemenceau nach der Verlesung des Schreiben Cruppi's gesagt, falls Cruppi recht habe, müsse man Cambon abgeben.

Wie in französischen parlamentarischen Kreisen verlautet, habe Caillaux in einer Unterredung mit dem Domann der Senatskommission Bourgeois auf die Unzulässigkeit hingewiesen, welche die in der Presse veröffentlichten Indiscretionen und teilweise unrichtigen Darstellungen über die Kommissionsverhandlungen haben könnten, insbesondere, inwieweit es sich dabei um diplomatische, für das Verhältnis bestimmte Schriftstücke handle. Bourgeois soll bemerkt haben, daß sich die Senatskommission gleich zu Beginn ihrer Verhandlungen einstimmt gegen deren Geheimhaltung ausgeprochen habe.

### Der italienisch-türkische Krieg.

(Wäskbild und Musikbild.)

Wären wir jetzt beim Jahreswechsel zurück auf das verfloffene Kriegsjahr des Krieges, so können wir, und zwar ohne Verdrüßlichkeit, feststellen, daß wir mit unserer anfänglichen Voraussage recht hatten, der Krieg werde lange dauern und ein abschließender, ein lauter Krieg werden. Wie von Anfang an niemand zweifelte, gelang es dem Italiener bald, sich zu Herren der Küstplätze zu machen. Die schweren Schiffsgelände sprachen hier das entscheidende Wort, ihnen hatten die Türken nicht und nur annähernd gleichwertiges entgegenzusetzen. Aber schon bald kamen die ersten Rückschläge. Trotz angličtlicher Vorsehen seitens der Italiener blieb die Welt nicht lange im Klaren darüber, daß von einem Siegeszuge der italienischen Truppen nicht die Rede sein könnte. Sie erlitten Verluste, ja, wie es scheint, selbst Niederlagen, und man wird sich der letzten drei Monate der türkische Widerstand an Stärke und an Vollkommenheit der Organisation überhaupt angenommen haben. Doch immer oder läßt sich nicht sagen, wie der weitere Verlauf der Dinge sein wird. Jede der beiden Mächte markiert offenbar auf das Erhalten der in der türkischen Kraft der anderen; denn eine volle Ausnutzung der militärischen Kraft ist in diesem eigentümlichen und vielfach begrenzten Kriege weder Italien noch der Türkei möglich. Diese moralische Kraft ist nun gerade in diesem Falle ein komplizierter Faktor. In beiden Ländern sind die Parlamente von ausschlaggebender Bedeutung. In Italien kommt in erster Linie der Rotenpunkt in Betracht. Der Italiener kostet der Krieg unendlich viel Geld im Vergleich zu den materiellen Anforderungen, die er an die Türkei stellt. Nun ist die finanzielle Lage Italiens zwar bekanntlich gut, aber wenn ein solcher Krieg lange dauert, dabei auch auf die Dauer trotzdem keine Erholung zeitigt und wachsende Ausgaben sowie immer neue Opfer an Menschenleben erfordert, so liegt ein plötzlicher Umschwung der Stimmung des italienischen Volkes innerhalb der Bereiche der Möglichkeit. Denn Ausdauer und Zähigkeit unter ungleichlichen Verhältnissen haben bisher nicht zu den Zwecken des italienischen Volkes gehört. Auf der anderen Seite liegt sich ein ähnlicher Prozeß bei den Türken denken. Gehalten war dort die öffentliche Meinung von der türkischen und dieser Gegenstand besteht heute noch ebenso. Ein Stabilitätswandel kann in Umsehen den Umständen herbarren, er kann aber auch das Gegenteil zur Folge haben, nämlich den Entschluß, den Krieg bis auf sein Meier zu Ende zu führen. (Vergl. den Artikel hierunter.) Darauf läßt die Nachricht schließen, daß die türkische Kammer einen 100prozentigen Zoll auf italienische Waren gelegt hat. Die Ausweisung der Italiener aus der Türkei ist ebenso wie dieser Hinderungsloß schon von Anfang an in der Türkei empfohlen worden. Bis jetzt hat man freilich noch mit dieser Maßnahme gezögert, weil sie sich unter Umständen als eine recht zweideutige erweisen könnte.

Alles in allem: die zukünftige Entwicklung dieses Krieges liegt dunkel vor dem Beurteiler, und niemand weiß, was für internationale Möglichkeiten und Gefahren sich aus dem Fortgange des Krieges ergeben können und werden.

Sente morgen folgen folgende Nachrichten über den Krieg vor: Aus Tripolis und Soms ist nichts Neues zu berichten. Die italienische Kanallerie hat ihre Erkundungsritte bis Sir Maba und Sir Edin ausgedehnt und dort

